

Beschlussvorlage - öffentlich nach § 48 Abs. 2 Satz 1 GO NRW
Drucksachen-Nr. 1012098NV2
Externes Dokument

Betreff Gütervorrangkorridor
--

Finanzielle Auswirkungen	Stellenplanmäßige Auswirkungen
<input type="checkbox"/> Ja, sh. Begründung <input checked="" type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, sh. Begründung <input checked="" type="checkbox"/> Nein

Verwaltungsinterne Abstimmung	Datum	Unterschrift
Federführung: Amt 61	21.07.2010	gez. Schröder
Dez. VI	22.07.2010	gez. Wingenfeld
Genehmigung/Freigabe durch OB / Amt 02	28.07.2010	gez. J. Nimptsch

* Zuständigkeiten	1 = Beschluss 5 = Anreg. an Rat 9 = Anhörung	2 = Empf. an Rat 6 = Anreg. an HA 10 = Stellungnahme	3 = Empf. an HA 7 = Anreg. an FachA	4 = Empf. an BV 8 = Anreg. an OB
-------------------	--	--	--	-------------------------------------

<u>Beratungsfolge</u>	Sitzung	Ergebnis	Z. *
Ausschuss für Planung, Verkehr und Denkmalschutz	07.07.2010	E	2
Rat	08.09.2010	einstimmig	1

Beschlussvorschlag

1. Die Stadt Bonn fordert die Bundes- und Landesregierung auf, rechtliche Schritte gegen den Beschluss des Europäischen Parlamentes zur Einrichtung des Gütervorrangkorridors auf der Strecke „Rotterdam-Mailand“ und gegen die Einsetzung und Befugnisse des One-Stop-Shops zu prüfen und zu ergreifen.
2. Darüber hinaus fordert die Stadt Bonn die sofortige Auflegung von Sonderprogrammen aus Landes-, Bundes- und EU-Mitteln für zusätzlichen Lärmschutz, Neubaustrecken, Querungen, Entlastungsstrecken und zusätzliche Gleise sowie für Ausweichstellen.
3. Die Stadt Bonn sucht den Schulterschluss mit anderen betroffenen Kommunen im Rheintal, um gemeinsam ihre Interessen zu vertreten.

Begründung

Der o.a. Beschlussvorschlag geht zurück auf einen Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, den der Ausschuss für Planung, Verkehr und Denkmalschutz in seiner Sitzung am 07.07.2010 einstimmig als Empfehlung an den Rat angenommen hat.

Der zugrundeliegende Antrag war wie folgt begründet:

Im Juni 2010 hat das Europäische Parlament ein vorrangig für den Güterverkehr bestimmtes und nach Korridoren gegliedertes europäisches Schienennetz beschlossen. Deutschland muss innerhalb von drei bis fünf Jahren drei Güterverkehrskorridore einrichten. Einer dieser Korridore ist die Strecke „Zeebrugge-Antwerpen-/Rotterdam-Duisburg-[Basel]-Mailand-Genf“, die mitten durch Bonn führt.

Die SPD-Fraktion unterstützt grundsätzlich das Ziel, mehr Güterverkehr von der Straße auf die Schiene zu verlagern. Dies darf jedoch nicht dazu führen, dass die Menschen im Rheintal alleine die damit verbundenen Lasten wie Lärm, schlechte Querungsmöglichkeiten, Abgase und sich verschlechternde Angebote beim Personenverkehr tragen müssen.

One-Stop-Shop und Personenverkehr

Entlang den Korridoren soll eine zentrale Korridorstelle (One-Stop-Shop) Trassenabschnitte für den grenzüberschreitenden Güterverkehr bereithalten. Damit entzieht die EU den deutschen Schieneninfrastrukturbetreiber Entscheidungsbefugnisse über Teile des deutschen Schienennetzes. Die Trassen müssen bis 60 Tage vor dem Gütertransport freigehalten werden. Das heißt eine langfristige Planung für andere Schienenverkehre ist nicht möglich und es kann dazukommen, dass dringend benötigte Trassenabschnitte nicht genutzt werden können.

Die durch Bonn führende Schienenstrecke ist eine Mischverkehrsstrecke, die derzeit von Regional-, Fern- sowie Güterverkehren gleichermaßen genutzt werden. Durch den Gütervorrang bedingte Verspätungen und Ausfälle werden Bonn von regionalen und nationalen Verbindungen des Personenverkehrs abkoppeln. Damit wird die Erreichbarkeit der Kongressstadt Bonn verschlechtert und das Umsteigen auf die umweltfreundliche Alternative Bus und Bahn unattraktiver.

Einrichtung von Sonderprogrammen

Sollte der Widerstand gegen die Einrichtung des Vorrangkorridors und des One-Stop-Shops scheitern, müssen für die Betroffenen Kommunen sofortige Ausgleichsmaßnahmen und Sonderprogramme aufgelegt werden. Dazu gehören flächendeckende Lärmschutzmaßnahmen (u.a. Schienenstegbedämpfer, Mini-Schallschutzwände, Fenster und Lärmschutzwände), die Einführung lärmabhängiger Trassenpreise, der Bau einer Entlastungsstrecken, für Querungsmöglichkeiten und zusätzlicher Gleise für einen reibungslosen ÖPNV.